

02

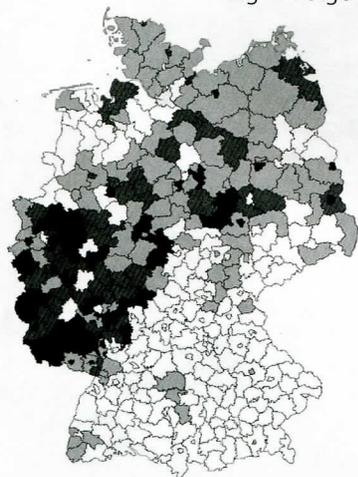
Der Teufel schießt immer auf den dicksten Haufen.

Für leistungsfähige Kommunen

Wenn wir überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen (wie es das Grundgesetz vorsieht), muss die Finanzierung der Kommunen neu geregelt werden. Kommunen mit hohen Schulden sind selten Opfer ausgabewütiger Lokalpolitiker, sondern eher fehlender Struktur- und Regionalpolitik des Bundes. Und allzu oft drücken Bund und Länder den Gemeinden Aufgaben aufs Auge, ohne den Scheck mitzugeben.

Es gibt sie, die Geschichten von Bürgermeistern, die sich fragwürdige und zu teure Denkmäler setzen wollen, und auch die Geschichten vom sparsamen Stadtoberhaupt, das immer noch die Büroeinrichtung aus den 1970er Jahren nutzt und darauf stolz ist. Solche gern kolportierten Erzählungen gehen aber am Kern der Probleme von Kommunen vorbei.

Man glaubt es kaum, aber das Ruhrgebiet war in den 1950er Jahren so beliebt wie heute München. Die Region boomte und es ging allen gut, auch den Gemeinden. Dann kam das billige Öl und verdrängte die Kohle. Die Stahlindustrie wurde verstärkt der internationalen Konkurrenz ausgesetzt und lag in Folge ebenfalls darnieder.



Die höchst verschuldeten Gemeinden sind diejenigen, die nach dem Zusammenbruch alter Produktionsstrukturen nicht in ausreichendem Maß Neues aufbauen konnten. Je dunkler die Region ist, desto höher ist die Pro-Kopf-Verschuldung

An plötzlicher Faulheit der Ruhrpottler lag der Niedergang des Ruhrgebiets nicht. Mangelhafte Strukturpolitik des Bundes – nicht unverantwortliche Lokalpolitiker – hat zu den leeren Kassen dieser Gemeinden geführt (siehe dazu auch den Abschnitt zum „Wohnen“). Hinzu kommt, dass den Kommunen immer wieder eine ausreichende Finanzausstattung für die Aufgaben verweigert werden, die ihnen per Gesetz vorgeschrieben werden.

Die folgenden Vorschläge sollen für mehr Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands sorgen und den Gemeinden wieder die Luft für dringend nötige Investitionen in die kommunale Infrastruktur und Daseinsfürsorge verschaffen. Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Investor und sie müssen diese Rolle wieder angemessen ausfüllen können. Zurzeit machen sie Schlagzeilen, wenn endlich mal wieder eine Schultoilette renoviert wird.

Unser Programm:

- **Alles zurück auf Los! Die Schulden der Gemeinden werden durch den Bund so zurückgeführt, dass alle Gemeinden die gleiche Verschuldung pro Einwohner haben.**

Gering verschuldete Gemeinden genießen in der Regel zufällige Standortvorteile. Es war nicht das Verdienst des Ruhrgebietes, dass es Kohle im Boden hatte. Und es war nicht das Verdienst Münchens, dass Siemens aufgrund der deutschen Teilung Berlin nach 1945 verlassen und eine neue Heimat suchen musste. Ziel dieser Entschuldung ist es, die Basis für eine Chancengleichheit für alle Gemeinden herzustellen, die es bisher nicht gab.

- **Wer bestellt, bezahlt! In Zukunft gilt konsequent das Prinzip der Gesetzeskausalität, das heißt, wer Aufgaben für die Gemeinden festlegt, ist auch für die Finanzierung verantwortlich.**

In Deutschland müssen Gemeinden oft Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung durch Bund oder Land übernehmen. Beispiele sind vom Bund festgelegte Sozialleistungen oder auch die Unterbringung von Geflüchteten.

- **Die Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern werden künftig vom Bund nach Köpfen verteilt.**

Zurzeit richtet sich der Anteil weitgehend nach der Wirtschaftskraft einer Gemeinde. Wer viel hat, bekommt viel. Ungleichheit wird so zementiert.

- **Der Anteil der Kommunen am Umsatzsteuereinkommen wird erhöht, der an der Einkommensteuer reduziert.**

So sind die Steuereinnahmen der Gemeinden krisenresistenter.

- **Bund und Länder werden per Gesetz darauf verpflichtet, Einnahmefälle der Gemeinden aufgrund unerwarteter Schocks – wie bei Corona zum Teil geschehen – zu kompensieren.**

- **Kommunale Autonomie und kommunale Aufsicht gleichermaßen stärken!**

Die Autonomie der Kommunen drückt sich z. B. in dem Recht aus, eigene Steuern zu erheben, aber auch in den konkreten Investitionsentscheidungen. Wenn Kommunen von dem bisherigen finanziellen Schraubstock befreit werden, dann bedarf es einer aufmerksamen Haushaltsaufsicht, um zu verhindern, dass falsche Ambitionen eines Bürgermeisters eine Gemeinde in den Ruin treiben.

